

## **Antrag**

**der Abgeordneten Kai Gehring, Brigitte Pothmer, Britta Haßelmann, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner, Krista Sager, Ulrich Schneider, Arfst Wagner (Schleswig) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Bildungschancen im Lebensverlauf verbessern – Berufliche Ausbildung stärken**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die derzeitige Bundesregierung hinterlässt nur scheinbar im Bereich der beruflichen Bildung ein bestelltes Feld. Wer genauer hinschaut, entdeckt bald, dass der positive Eindruck vor allem auf Effekten der guten konjunkturellen Lage beruht: Die Arbeitslosigkeit ist seit einigen Jahren konstant gering und der Fachkräftebedarf der Unternehmen ist hoch. Auch die demografische Entwicklung trägt zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt bei: Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nimmt in jedem Jahr ab, mehr Jugendliche erarbeiten sich eine Hochschulzugangsberechtigung und studieren dann auch. Dies sind alles positive Gründe, warum weniger junge Menschen als in den Jahren zuvor nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz suchen. Trotzdem bleibt die Lage für einen Großteil der jungen Generation enttäuschend.

Noch immer suchen viel zu viele junge Menschen vergeblich nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz. Nur zwei Drittel der Ausbildungsplatzsuchenden erhalten im ersten Jahr ihrer Suche einen Ausbildungsvertrag. Auch im Jahr 2012 mit guter konjunktureller Lage haben mehr als 100 000 junge Leute mit Hilfe der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine betriebliche Ausbildungsstelle gesucht, sie aber nicht gefunden. Viele dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbringen nach der vergeblichen Suche nach einem Ausbildungsplatz wertvolle Lebenszeit in Angeboten des so genannten „Übergangssystems“. Dort finden sich auch diejenigen, die nach Verlassen der Schule erst gar keinen Ausbildungsplatz suchen, weil sie etwa keinen Schulabschluss haben und sich keine Chancen ausrechnen.

Im Jahr 2012 haben rund 266 700 junge Menschen nach der allgemeinbildenden Schule keine Ausbildung, sondern verschiedene „Bildungsgänge“, Praktika und Einstiegsangebote begonnen. Diese sind kein verbindlicher Schritt hin zu einem Berufsabschluss, sondern sollen lediglich den Weg dahin erleichtern. In der weit überwiegenden Zahl bringen diese Angebote keinen greifbaren Bildungserfolg. Nach Auskunft der Bundesregierung ist es bis heute nicht möglich, die Wirksamkeit dieser Maßnahmen nachzuweisen. Die Mehrzahl der Angebote ist weder Teil eines durchdachten Systems noch verhilft sie tatsächlich zum Übergang in eine betriebliche Ausbildung. So ist etwa unbekannt, wie viele junge Menschen aus diesen Maßnahmen in eine betriebliche Ausbildung gelangen und diese dann auch erfolgreich abschließen.

Die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, hat im Plenum des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2013 verkündet: „Unser Ziel muss sein, in den nächsten zwei, drei Jahren das Übergangssystem auf null zu bringen, das heißt, eine wirkliche Korrespondenz zu gewährleisten: Schulabschluss und dann Einstieg in die duale Ausbildung.“ Der bescheidene Erfolg des Maßnahmenbeschungs zeigt sich mittel- und langfristig darin, dass in der Altersgruppe zwischen 20 und 35 Jahren in Deutschland derzeit fast 2,2 Millionen Menschen ohne Ausbildungs- oder Schulabschluss sind. Dadurch ist diese Gruppe für den Rest ihres Lebens nicht nur überproportional von Arbeitslosigkeit bedroht. Langfristig ist auch ihre gesellschaftliche Teilhabe gefährdet.

Das Engagement der Betriebe, die ausbilden, ist anerkennenswert. Ihr Anteil an allen Betrieben hat im Jahr 2012 allerdings einen historischen Tiefstand nach der Wiedervereinigung erreicht. Dieses abnehmende Ausbildungsengagement der Wirtschaft ist nicht nur gesellschaftlich enttäuschend, sondern auch volkswirtschaftlich unvernünftig. Damit tragen die Betriebe zum absehbaren Fachkräftemangel selbst entscheidend bei.

Innerhalb der EU gehen die Mitgliedstaaten im sechsten Jahr der Wirtschaftskrise nun endlich das Problem der hohen Arbeits- und Perspektivlosigkeit von jungen Menschen mit der so genannten Jugendgarantie an. In einem Land wie Deutschland muss diese „Jugendgarantie“ bedeuten, dass kein Jugendlicher ohne Abschluss bleibt und dass alle Unter-30-jährigen gute Nachqualifizierungsangebote bekommen. Die Initiative „Erstausbildung junger Erwachsener“, mit der in den nächsten drei Jahren 100 000 junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren für eine betriebliche Erstausbildung gewonnen werden sollen, kann dieses Ziel schon allein angesichts der Problemdimension bei weitem nicht erreichen: In dieser Altersgruppe sind rund 1,5 Millionen Menschen ohne Berufsabschluss und auch in der Altersgruppe der Unter-30-jährigen sind deutlich mehr als eine Million Menschen betroffen.

Um dieser großen Gruppe erfolgreich zu einem Weg in die berufliche Qualifikation zu eröffnen, muss der chancengerechte Zugang zum Ausbildungsmarkt für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen eröffnet werden. Notwendig ist dafür einerseits eine Öffnung der beruflichen Bildung durch eine Strukturreform, wie sie das grüne Konzept DualPlus anlegt, und sind andererseits eine Bündelung und Umwidmung der Ressourcen aus dem derzeitigen Maßnahmenbeschungs in echte Brücken in die Ausbildung. Die Wirtschaft nutzt noch immer nicht alle Potenziale. Vor allem chancenärmere Jugendliche bleiben noch zu oft außen vor. Das Recht der jungen Menschen auf Teilhabe wie auch der absehbare Fachkräftemangel verlangen, dass die Bundesregierung hier endlich handelt.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. endlich die notwendigen Strukturreformen zur Modernisierung und Öffnung der beruflichen Bildung umzusetzen, um die wenig effizienten Maßnahmen des bisherigen Übergangssystems in eine effektive Förderung zu überführen, die betriebliche Ausbildung konjunkturunabhängiger zu machen, individuelle Lern- und Ausbildungspfade zu ermöglichen und Ausbildungsbetriebe besser zu unterstützen. Dazu liegt das Konzept DualPlus vor (Bundestagsdrucksache 17/9586, „Mit DualPlus mehr Jugendlichen und Betrieben die Teilnahme an der dualen Ausbildung ermöglichen“). Insbesondere ist es notwendig,
  - a) die gesamte Berufsausbildung neu zu strukturieren und in bundesweit anerkannten Ausbildungsbausteinen innerhalb des Berufsbilds zu organisieren. Damit würde ein wichtiger Beitrag zur Anerkennung und Anrechnung von Ausbildungsteilschritten geleistet, das Bildungssystem

- wird durchlässiger. Übergänge werden erleichtert, Ausbildungsabbrüche vermieden und die Motivation von Auszubildenden gestärkt;
- b) das Risiko der Auflösung von Ausbildungsverträgen durch eine bessere Ausbildungsberatung und durch mehr ausbildungsbegleitende Unterstützungsangebote, sowohl für die Jugendlichen wie auch für ausbildende Betriebe, nachhaltig zu verringern;
  - c) die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nachhaltig zu stärken, indem die Lernortkombination vorangetrieben und insbesondere Unternehmen ohne Ausbildungstradition, kleineren Betrieben oder sehr spezialisierten Betrieben die Möglichkeit eröffnet wird, betriebliche Ausbildung in Form von einzelnen Ausbildungsbausteinen innerhalb eines Berufsbildes anzubieten;
  - d) überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS) als zusätzliche Träger der Ausbildung auf- bzw. auszubauen und zusätzliche Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip mit hohen betrieblichen Anteilen anzubieten;
  - e) die individuelle Förderung von Auszubildenden zu verbessern und für Leistungsschwächere eine zusätzliche Förderung insbesondere durch überbetriebliche Ausbildungsstätten zu ermöglichen. Leistungsschwächere sollen mehr Lernzeit bekommen, um Module abzulegen oder einen passgenauen Förderkurs zu absolvieren. Für leistungsstarke Auszubildende sollen zusätzlich allgemeinbildende Module angeboten werden, die auch zur Fachhochschulreife führen können;
  - f) für Schulabbrecher Produktionsschulen einzurichten, an denen sie einen Schulabschluss nachholen können und der Einstieg in eine Berufsausbildung ermöglicht wird;
2. die Beratung bei der BA zu verbessern, so dass sowohl bei der Wahl der Ausbildung die individuelle Beratung und Förderung einen höheren Stellenwert erhalten und etwa auch das Überwinden geschlechterstereotypen Berufswahlverhaltens unterstützt wird. Auch die Ergebnisse der Kompetenzfeststellungen aus den Maßnahmen der Berufsorientierung müssen bei der Beratung durch die BA stärker berücksichtigt werden;
  3. zu mehr Qualitätssicherung in der Ausbildung beizutragen, etwa indem die Kammern angehalten werden, Qualitätsanforderungen in der Ausbildung stärker zu überprüfen, und Verstöße gegen gesetzliche Rahmenbedingungen wie etwa das Jugendschutzgesetz umgehend zu sanktionieren;
  4. die Vielzahl der Programme und Initiativen der verschiedenen Ressorts auf Bundes- und Länderebene, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Jahr 2010 endlich erfasst hat, zu straffen und koordiniert für eine effizientere und mehr auf Qualität ausgerichtete Verwendung der Mittel zugunsten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu sorgen;
  5. in den Statistiken der BA nur diejenigen Bewerberinnen und Bewerber als „versorgt“ zu zählen, die auf keine weitere Vermittlung in Ausbildung warten. Die Statistiken müssen das abbilden, was man über die Ausbildungsinteressierten tatsächlich weiß, statt die Lage tendenziell zu beschönigen. Nur dann können aus den vorliegenden Detailinformationen über den Verbleib die notwendigen Schlüsse gezogen werden und das Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung kann gezielt verbessert werden;
  6. den Ausbildungspakt mit Wirtschaft, Kultusministerkonferenz und der Integrationsbeauftragten auch für die Gewerkschaften und die Träger der beruflichen Bildung zu öffnen, um in diesem Kreis gemeinsam die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung durch eine umfassende und konsistente Verbesserung der Übergänge von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in die Beschäftigung oder das Studium zügig voranzubringen;

7. das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben. Dadurch wäre es dem Bund dann möglich,
  - a) im Bereich der beruflichen Bildung gemeinsam mit den Ländern auch die beruflichen Schulen und die sie unterstützenden Angebote wie etwa Überbetriebliche Ausbildungsstätten kontinuierlich und nachhaltig zu fördern;
  - b) Maßnahmen zur Sprachbildung als individuelle Förderung von Deutsch als Bildungssprache von der frühkindlichen Bildung über die Schulzeit bis in die berufliche Ausbildung zu unterstützen und damit den Ausbildungserfolg von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern;
  - c) die Aufgabe der Inklusion von Jugendlichen aus sozialen, finanziellen oder bildungerschwerenden Risikolagen sowie von behinderten Auszubildenden gemeinsam mit den Länder und den Kommunen anzugehen und nicht nur Berufsbildungswerke, sondern auch die beruflichen Schulen sowie die Kammern dabei zu unterstützen;
  - d) Angebote wie die Programme zu Bildungsketten und Berufsorientierung so auszugestalten und auszustatten, dass alle Schulen unabhängig von der Schulform, spätestens ab Klasse 7 davon profitieren können;
8. im Rahmen der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften an beruflichen Schulen zu unterstützen;
9. die Durchlässigkeit des Bildungssystems auch dadurch zu verbessern, dass junge Menschen, die nach einem Studienabbruch in die berufliche Bildung streben, ihre an einer Hochschule erbrachten Leistungen für die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung anrechnen lassen können;
10. die Hochschulen im Rahmen des Hochschulpaktes dabei zu unterstützen, die notwendigen Einführungsangebote für Studierende mit beruflicher Hochschulzugangsberechtigung flächendeckend und in guter Qualität bereitzuhalten;
11. endlich einen Beitrag zu einer weiterbildungsaktiven Gesellschaft zu leisten, indem sie das lebenslange Lernen durch ein Gesetz über die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung („Weiterbildungs-BAföG“) gezielt unterstützt. Damit soll sowohl die Finanzierung des Lebensunterhaltes während der Weiterbildungsphasen als auch eine Übernahme der Kosten zertifizierter Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichergestellt werden. Je nach individueller Lage soll dies in einem Mix aus Zuschuss und Darlehen gewährt werden;
12. bei der Bekämpfung der historisch hohen Jugendarbeitslosigkeit in den von der Wirtschaftskrise betroffenen EU-Mitgliedsländern aktiv Verantwortung zu übernehmen und die europäische Solidarität zu stärken. Dazu muss der EU-finanzierte Sonderfonds, der in Regionen mit sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt wird, bei Bedarf erhöht werden.

Berlin, den 14. Mai 2013

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

## Begründung

Der Berufsbildungsbericht 2013 zeigt, wie hoch der Handlungsbedarf für einen Umbau des Übergangssystems zu einem strukturierten Bestandteil des Ausbildungssystems ist und wie dringend die Ausbildungsbeteiligung von kleinen und spezialisierten Betrieben erleichtert werden muss.

Der Ausbildungspakt von 2010 hat auch im Jahr 2012 nicht dazu geführt, dass die Ausbildungschancen für die jungen Menschen, die in den letzten Jahren die Schule verlassen haben, deutlich besser geworden sind. Im Berufsberatungsjahr 2011/2012 blieb die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze mit 517 100 fast konstant gegenüber dem Vorjahr (–0,5 Prozent). Trotzdem wurden 2012 weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr. Bis September 2012 sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber 2011 um 3,2 Prozent auf 551 300. Der Rückgang kann nur teilweise mit der demografischen Entwicklung begründet werden, denn die Zahl der Schulabgänger sank nur um 1,8 Prozent (Datenreport des Bundesinstituts für Berufsbildung 2012). Zusätzlich ist die Zahl der Altbewerberinnen im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht angestiegen. 2013 werden überdies wieder steigende Schulabgängerzahlen erwartet.

Die Partner des Ausbildungspaktes veröffentlichten in ihrer Bilanz im Februar 2013, dass die Wirtschaft ihre Zusagen übertroffen habe, jährlich 60 000 neue Ausbildungsplätze und 30 000 neue Ausbildungsbetriebe zu gewinnen. So seien 2012 69 100 neue Ausbildungsplätze eingeworben und 41 660 neue Ausbildungsbetriebe gewonnen worden. Die Zielzahlen waren jedoch von Beginn an so niedrig angesetzt, dass ihr Übertreffen nun keine Besserung der Lage bedeutet. Absolut gesehen ist z. B. die Zahl der Ausbildungsbetriebe auf dem niedrigsten Stand seit 1999. Im Vergleich zu 2010 bilden fast 14 000 Betriebe weniger aus.

Während die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zwar absolut gesehen sinkt, fällt nun immer stärker ins Gewicht, dass Angebot und Nachfrage nicht zueinander passen. Dieses unzureichende „Matching“ von potenziellem Angebot und bestehender Nachfrage sowohl auf Regionen als auch auf Berufe bezogen sieht die Bundesregierung „als eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre“ (Berufsbildungsbericht 2013). Bisher liegt jedoch kein Konzept der Bundesregierung bzw. der Paktpartner vor, wie Ausbildungsinteressierte und Betriebe dieses Problem lösen können.

Der Berufsbildungsbericht 2013 belegt außerdem den erheblichen Handlungsbedarf, um die Ausbildungschancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Noch immer gerät ein überproportional hoher Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Maßnahmen des Übergangssektors, statt in eine Ausbildung. Auch die Verhandlungen um die Mittel des Europäischen Sozialfonds für die nächsten fünf Jahre hat die Bundesregierung nicht genutzt, um das Übergangssystem neu zu strukturieren.

Ohne einen grundlegenden Politikwechsel werden auch in den kommenden Jahren viel zu viele junge Menschen in den Übergangsbereich einmünden, obwohl sie die grundlegende schulische Vorbildung für eine Berufsausbildung mitbringen. Solche Vergeudung von Lebenschancen und Potenzialen ist verantwortungslos. Während immer mehr Betriebe Schwierigkeiten haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen, zeichnet sich ab, dass in den nächsten 15 Jahren bis zu 6,5 Millionen Erwerbstätige fehlen werden. Die derzeitige Fachkräfteoffensive der Bundesregierung vernachlässigt den Ausbildungsbereich: Statt des „Kleinkleins“ der Bundesregierung durch eine undurchsichtige und unabgestimmte Vielfalt von Modellprojekten und Programmen ist eine politische Weichenstellungen für die nächsten Jahre notwendig.





